

## **Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Rates am 22.01.2004**

---

Sitzungsort: Nordseehalle  
Sitzungsdauer: 18:00 bis 20:08 Uhr

Den Vorsitz führte: MdR Dr. Heinrich Kleinschmidt

ANWESENDE:

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Oberbürgermeister Alwin Brinkmann

#### **SPD**

Ratsherr Dr. Heinrich Kleinschmidt  
Ratsfrau Berendine Bamminger  
Beigeordneter Bernd Bornemann  
Ratsherr Walter Davids  
Ratsfrau Helga Grix  
Beigeordneter Hans-Dieter Haase  
Ratsherr Jürjen Heinks  
Beigeordneter Horst Jahnke  
Ratsherr Richard Janssen  
Ratsherr Bernd Kalkkuhl  
Ratsherr Rico Mecklenburg  
Ratsfrau Elfriede Meyer  
Bürgermeisterin Lina Meyer  
Ratsfrau Marianne Pohlmann  
Ratsherr Kai-Uwe Schulze  
Ratsherr Ihno Slieter  
Beigeordneter Johann Südhoff  
Ratsherr Richard Woldmer

#### **CDU**

Beigeordneter Helmut Bongartz  
Ratsherr Herbert Buisker  
Ratsherr Ihno Groeneveld  
Ratsherr Kurt Hannappel  
Ratsherr Reinhard Hegewald  
Ratsfrau Monika Hoffmann  
Beigeordneter Heinz-Werner Janßen  
Ratsherr Hinrich Odinga  
Bürgermeisterin Andrea Risius  
Ratsherr Benedikt Rosenboom  
Ratsherr Werner Vollprecht

#### **FDP**

Ratsherr Heino Ammersken  
Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser  
Beigeordneter Erich Bolinius  
Ratsherr Rolf Bolinius  
Beigeordnete Hillgriet Eilers  
Ratsherr Holger Klaassen  
Ratsherr Meinhard Meißner  
Ratsherr Franz Melles  
Ratsherr Roland Riese  
Ratsherr Gerhard Schaudinn

(bis 20.05 Uhr)

## Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Rates am 22.01.2004

### Bündnis 90/Die Grünen

Ratsherr Bernd Renken  
Ratsherr Wulf-Dieter Stolz  
Ratsfrau Christine Schmidt

(ab 18.07 Uhr)

### von der Verwaltung

Erster Stadtrat Jan Röttgers  
Stadtrat Martin Lutz  
Städtischer Direktor Heinz-Bernhard Schmidt  
Protokollführerin Karin Jetses

ca. 500 Zuhörerinnen und Zuhörer

### Punkt : 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Herr Dr. Kleinschmidt** eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 43 Ratsmitglieder anwesend.

Er erkundigt sich, ob der Norddeutsche Rundfunk einige Passagen der Ratssitzung aufnehmen dürfe. Seitens des Rates bestehen keine Bedenken.

### Punkt : 2 Feststellung der Tagesordnung

**Herr Dr. Kleinschmidt** erklärt, die Vorlage 14/838-02 „Umsetzung der Schulstrukturreform in Emden zum 01.08.2004“ (TOP 5) werde ersetzt durch die Vorlage T 14/838-07. Die Vorlage 14/946-01 „Satzung zur Änderung der Satzung über die Festlegung von Schulbezirken für die allgemein bildenden Schulen der Stadt Emden“ (TOP 6) werde ersetzt durch die Vorlage T 14-946-02.

Weiter weist er darauf hin, dass die Vorlage 14-/838-03 „Umsetzung der Schulstrukturreform in Emden zum 01.08.2004, Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion vom 13.01.2004“ durch die Vorlage T 14-838-05 „Umsetzung der Schulstrukturreform in Emden zum 01.08.2004 – gemeinsamer Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion“ ersetzt werde. Außerdem müsse die Vorlage T 14/838-06 „Umsetzung der Schulstrukturreform in Emden zum 01.08.2004 – Änderungsantrag der SPD-Fraktion“ mit auf die Tagesordnung genommen werden.

Auf Anfrage von **Herrn Dr. Kleinschmidt** erklärt **Herr Renken**, dass die Vorlage 14/838-04 „Umsetzung der Schulstrukturreform in Emden zum 01.08.2004, Antrag der FDP-Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.01.2004“ zurückgezogen werde.

**Herr Haase** ergänzt, dass die Vorlage 14/990 „Finanzierung der Schulstrukturreform, Antrag der SPD-Fraktion vom 26.11.2003“ (TOP 10) von der SPD-Fraktion zurückgezogen werde.

## Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Rates am 22.01.2004

**Punkt : 3** Genehmigung der Niederschrift Nr. 14 über die öffentliche Sitzung des Rates am 18.12.2003

**Beschluss:** Die Niederschrift Nr. 14 über die öffentliche Sitzung des Rates am 18.12.2003 wird genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

**Punkt : 4** Einwohnerfragestunde zu den Tagesordnungspunkten

**Herr Dr. Kleinschmidt** bemerkt, dass den Bürgern nach der Geschäftsordnung 30 Minuten zur Verfügung ständen, um zu den Punkten der Tagesordnung Fragen zu stellen.

1. **Ein Bürger** erklärt, die Transvaaler seien über den Verlust der Dollartsschule sehr traurig. Anschließend beschimpft er ein Ratsmitglied.

**Herr Brinkmann** sagt, er werde Beschimpfungen der Ratsmitglieder nicht zulassen. Es handele sich hier um ehrenamtlich Tätige, die ihre Freizeit zur Verfügung stellten und nach bestem Wissen und Gewissen handelten.

2. **Einem weiteren Bürger** ist bekannt, dass ein Ratsmitglied der SPD-Fraktion zur CDU-Fraktion wechseln wolle.

**Herr Brinkmann** antwortet, es handele sich um einen frei gewählten Rat.

3. **Herr Werner Koch**, Elternschaftsvertreter im Schulausschuss, erklärt, er sei bisher der Meinung gewesen, dass der Elternwille hoch oben angesiedelt sei. Er frage sich, wann die Eltern gefragt würden.

**Herr Brinkmann** weist darauf hin, dass der Stadtelternerat sich ebenfalls mit diesem Thema beschäftigt habe. Das Ergebnis sei im Schulausschuss behandelt worden und heute müsse entschieden werden. Es handele sich um einen ganz normalen Weg.

4. **Ein Schüler der Dollartsschule** erkundigt sich, warum die Schulen überhaupt verändert werden müssten.

**Herr Brinkmann** verweist auf das vom Nds. Landtag beschlossene neue Schulgesetz, welches organisatorisch von der Verwaltung umzusetzen sei. Mindestens eine Schule müsse dabei geschlossen werden.

**Der Schüler** erkundigt sich, warum dies gerade die Dollartsschule betreffen müsse.

**Herr Brinkmann** erklärt, es sei bisher noch keine Entscheidung gefällt worden.

5. **Herr Uwe Denecke, Lehrer der Dollartsschule**, berichtet, Herr Brinkmann habe sich bisher immer für die Dollartsschule eingesetzt. Er möchte wissen, ob Herr Brinkmann sich vorstellen könne, diese Schule zu zerschlagen.

**Herr Brinkmann** verneint dies.

### B E S C H L U S S V O R L A G E N

**Punkt : 5** Vorlage 14/838-02  
Umsetzung der Schulstrukturreform in Emden zum 01.08.2004

**Die Vorlagen 14-838-02 bis 14-838-07 werden gemeinsam beraten.**

**Herr Dr. Kleinschmidt** erklärt, es lägen drei Vorschläge vor:  
a) der gemeinsame Änderungsvorschlag der CDU- und FDP-Fraktion (Vorlage 14-838-05)  
b) ein Vorschlag der SPD-Fraktion (Vorlage 14-838-06) und  
c) eine Vorlage der Verwaltung (Vorlage 14-838-07)

In dieser Reihenfolge müsse anschließend auch abgestimmt werden.

**Herr Brinkmann** berichtet, vom Nds. Landtag sei am 02.07.2003 beschlossen worden, dass

- a) die Orientierungsstufe zum 01.08.2004 abgeschafft werde und
- b) das Abitur nach 12 Jahren - erstmalig im Schuljahr 2011/2012 - absolviert werden könne.  
Die 13. Klassen an Gymnasien würden somit wegfallen.

Die integrierte Haupt- und Realschule sei nicht im Gesetz gehalten. Damit habe der Nds. Landtag dem Rat der Stadt Emden und der Verwaltung den einzuhaltenden Rahmen vorgegeben. Er erklärt, die Fachkommission habe ihr Ergebnis dem Rat am 09.10.2003 (Schulausschusssitzung) als Modelle A – D zugeleitet. Am 15.12.2003 sei vom Rat ein Workshop eingesetzt worden. In der Schulausschusssitzung am 13.01.2004 sei jedoch deutlich geworden, dass es kein einheitliches Modell gäbe. Für die einen sei die Wallschule und die Realschule Herrentor unantastbar, für die anderen sei die Stadtteil- oder stadtteilähnliche Schule in den vorhandenen Schulstandorten wichtiger.

Einigkeit bestände darin, dass die Außenstelle Pewsum dem JAG zugeordnet werde. Eine teilweise Einigkeit bestände darin, dass die Gemeinde Hinte die Wahlfreiheit der Gymnasien (GAT oder JAG) für ihre Kinder behalte. Es gäbe eine bedingte Einigkeit darin, dass das JAG in absehbarer Zeit einen Anbau erhalten solle. Dieser Punkt werde in den Haushaltsberatungen mit aufgenommen.

**Herr Brinkmann** erläutert, die Modelle seien bis auf eine Ausnahme alle genehmigungsfähig. Die Stadt Emden befinde sich damit auf relativ sicherer Rechtsgrundlage. Sollte der Rat heute zu keiner Entscheidung gelangen, werde die Kommunalaufsicht der Stadt Emden die weitere Vorgehensweise vorschreiben.

Abschließend erwähnt er, dass der Schüler Kevin Schmitz ihm eine Unterschriftenliste für den Erhalt der Dollartschule gegeben habe.

**Herr Ammermann** erklärt die Kriterien, die in der letzten Sitzung des Stadelternrates am 18.12.2003 festgelegt wurden.

- Stärkung der Hauptschulen (19)
- Anbau an das JAG (19)
- kein Schultourismus (18)
- kleine Klassen übergangsweise (16)
- kombinierte Schulmodelle Haupt- und Realschule (14)
- kurze Schulwege (9)
- kleine Außenstellen (7)
- optimierte Raumnutzung (6)
- Ausnahmeregelung für Zügigkeit (4)

## **Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Rates am 22.01.2004**

---

- Nutzung der VHS-Räume (3)
- hohe Zügigkeit (3)

**Herr Ammermann** erläutert die Vorlage der Verwaltung - T 14/838-07. Anhand einer Powerpoint-Präsentation stellt er die neuen Schulbezirke dar.

Anschließend erläutert er den gemeinsamen Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion, Vorlage 14/838-05.

Zunächst gibt er folgende Korrekturen bekannt:

Der erste Satz in der Vorlage müsse lauten: „Die Schule Wybelsum wird als Haupt- und Realschule geführt“, da sie bisher keine Haupt- und Realschule gewesen sei.

Im zweiten Satz müsse es anstatt „Herrentorschule“ „Realschule Emden“ heißen, um eine Verwechslung mit der Grundschule Herrentor auszuschließen.

Unter Punkt A Grundschulen dürfe es nicht heißen: „Die Grundschule Nesserland wird aufgelöst“. Diese Schule wechsele lediglich das Gebäude. Zu den Details berichtet **Herr Ammermann**, dass der Plan, der dem Antrag beigelegt sei, bezüglich der Dollartschule korrigiert werden müsse:

Bei der Dollartschule müssten zwei Räume wieder abgezogen werden. Die Verwaltung hätte sonst einen zu hohen Bestand ausgewiesen.

Er fügt hinzu, dass die Raumversorgung der Gymnasien in diesem Vorschlag nicht detailliert dargestellt worden sei. Problematisch sei, dass kein komplettes Schulgebäude für die Raumversorgung freigestellt werden könne. Nach seiner Einschätzung sei dieses Modell nur genehmigungsfähig, wenn relativ kurzfristig für die Gymnasien eine andere Lösung gefunden werde. Er erläutert die Schulbezirke.

**Herr Ammermann** erläutert die Vorlage 14/838-06 und stellt die Schulbezirke dar.

**Herr Hegewald** erklärt, dass auf Seite 2 der Vorlage 14-838-05 bei „HRS Wybelsum“ der Bezirk noch um den Stadtteil Constantia ergänzt werden müsse.

Er erinnert daran, dass die CDU-Fraktion schon im Mai einen Antrag gestellt habe, sich mit dem Thema „Umsetzung der Schulstrukturreform“ zu befassen, obwohl der Landtag zu diesem Zeitpunkt noch gar keinen Beschluss gefasst hatte. Durch das lange Hinauszögern der Sache stehe der Rat jetzt unter einem enormen Zeitdruck. Die CDU-Fraktion habe sehr früh mitgeteilt, dass sie für eine klare Trennung von Haupt- und Realschulen sei, denn nur hierdurch hätten die Schulen eine Chance, ein klares Profil für sich zu bilden. Außerdem sei die CDU-Fraktion fest davon überzeugt, dass nur dadurch eine Stärkung der einzelnen Schulen - insbesondere der Hauptschulen – möglich sei. Dennoch habe seine Fraktion weiter nach Lösungen gesucht, um den Kollegen entgegenzukommen. Seines Erachtens sei es schade, dass keine Bewegung erkennbar sei, obwohl die CDU-Fraktion ihnen eine „Brücke“ gebaut habe. Anschließend erläutert er die Vorlage 14-838/05. Zur Erhaltung der Wallschule fügt er hinzu, dass eine Kernhauptschule in der Innenstadt unbedingt benötigt werde. Mit einem Umzug der Grundschule Nesserland in die Dollartschule würde der Stadtteil Port Arthur/Transvaal zum ersten Mal in zentraler Lage eine Grundschule erhalten und für die abgängige Schule Nesserland wäre eine Lösung gefunden. Er weist darauf hin, dass die Grundschule Nesserland nicht Eigentum der Stadt Emden sei und eine Mietzahlung dann zukünftig nicht mehr notwendig sei.

Gerade im Hinblick auf den Räumlichbedarf der Berufsbildenden Schulen in den nächsten Jahren strebe die CDU-Fraktion einen JAG-Anbau an. Schon jetzt sei eine Berufsbildende

## **Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Rates am 22.01.2004**

---

Schule in die Volkshochschule ausgelagert. Er weist die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen darauf hin, dass bei einer Inanspruchnahme von Ausweichräumen in der Wallschule für Schülerinnen und Schüler des JAG ein Anbau nur schlecht zu vertreten sei. Er bitte die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dem CDU-/FDP-Vorschlag zuzustimmen.

**Herr E. Bolinius** erklärt, in den vergangenen Monaten seien diverse Modelle zur Schulstruktureform in der Stadt Emden entwickelt worden. Jede betroffene Schule habe gute Argumente vorgetragen und mit Vehemenz für den Erhalt oder für eine Aufwertung gekämpft. Er möchte sich in diesem Zusammenhang für die gute Arbeit des Fachdienstleiters Schule und Sport, Herrn Uwe Ammermann, bedanken.

Seit der Schulausschusssitzung am 13.01.2004 sei man zu dem Ergebnis gekommen, dass es Sinn mache, sowohl die Schule Wybelsum als auch die Dollarschule aufzuwerten. Der wesentliche Punkt des CDU-/FDP-Vorschlages sei, dass die Wallschule erhalten bleibe. Er erläutere die Vorlage 14-838-05.

Zum Raumbedarf der beiden Gymnasien erklärt er, dass das GAT sich diesbezüglich selber helfen könne. Der Raumbedarf des JAG sei zumindest kurzfristig durch eine Nebenstelle in Pewsum und eine weitere Nutzung einer Schule im Stadtgebiet zu lösen. Seine Fraktion sei der Ansicht, dass z. Zt. ein Anbau für rund 2,4 Mio. € nicht notwendig sei. Die CDU- und FDP-Fraktion habe jedoch einen Antrag auf Kostenüberprüfung bis zum 01.06.2004 gestellt. Unabhängig davon befürworte die FDP-Fraktion die Herstellung der naturwissenschaftlichen Räume im JAG in Höhe von rund 900.000,- €, die aus Mitteln aus dem Schulsanierungsprogramm „Allianz der Vernunft“ zur Verfügung gestellt werden sollten. Nach Auskunft der Verwaltung und des zuständigen Mitarbeiters im Kultusministerium sei das CDU/FDP-Modell genehmigungsfähig. Letztendlich entscheiden müsse jedoch die Bezirksregierung Weser-Ems.

**Herr E. Bolinius** erklärt, bei der Durchsetzung eines Realschulangebotes im Stadtteil Barenburg als Ganztagsbetrieb – Antrag der SPD-Fraktion – sehe er große Probleme auf die Stadt Emden zukommen, denn eine Ganztagschule könne Schülerinnen und Schüler aus der gesamten Stadt aufnehmen. Da niemand sagen könne, wie die Ganztagschule angenommen werde, könnten alle erarbeiteten Modelle durch diesen Beschluss zu „Makulatur“ werden.

**Herr E. Bolinius** betont, die FDP-Fraktion werde die getroffene Entscheidung akzeptieren und er hoffe, dass der Rat nach dieser Sitzung wieder zur normalen Arbeit übergehen könne. Er bitte auch diejenigen im Rat und in der Bürgerschaft, die in der Abstimmung unterlägen, um weitere konstruktive Mitarbeit zum Wohle der Stadt Emden. Er bitte um Zustimmung zur Vorlage 14-838/05.

**Herr Haase** erklärt, natürlich werde die heute getroffene Entscheidung von allen zu akzeptieren sein. Es müsse aber auch erlaubt sein, bis zuletzt für seine Position zu „fighten“. Ihm sei schleierhaft, wo Herr Hegewald der SPD-Fraktion entgegenkomme. Außerdem frage er sich, warum das Nds. Schulgesetz, welches eine ganze Reihe von Ausnahme- und Sondertatbeständen enthalte, nur einen Weg offen lasse. Im Vorfeld habe seine Partei sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, wie sie zum neuen Nds. Schulgesetz stehe. Die ganze intensive Diskussion, die nur einen Wert habe, wenn dadurch für die Kinder und für die Bildungssituation der Stadt Emden etwas Besseres „herausspringe“, sei eine Folge der Gesetzgebung der neuen Landesregierung und eine Folge einer seiner Meinung nach falschen Bildungspolitik, die eher trenne als fördere.

Die Ziele der Sozialdemokraten dieser Stadt seien andere gewesen. Ursprünglich sei die Stärkung des Schul- und Bildungsangebotes in den Stadtteilen wichtig gewesen. Dies sei nach dem neuen „CDU-/FDP-Gesetz“ nicht mehr möglich. Wunsch der SPD-Fraktion sei es

## **Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Rates am 22.01.2004**

---

z. B. gewesen, neue Realschulangebote in den Stadtteilen umzusetzen, wenn möglich in kombinierten Modellen. Denn auch von den Eltern seien kombinierte Modelle mit hoher Nennungsanzahl gewünscht worden. Das Modell „Osterburg“ habe sich auch in der Vergangenheit bewährt. Das gleiche werde auch für andere Stadtteile gefordert, z. B. im Stadtteil Barenburg. Dabei könnte die Stadt Emden auf ein gut ausgebautes Schulangebot in Emden, das sich über Jahrzehnte entwickelt habe, aufbauen. Alle Schulen in Emden leisten gute Arbeit, betont er. Jede Schule habe ihr Profil entwickelt und niemandem falle es leicht, hier irgendeine Schule zu „opfern“.

Nach intensiven Diskussionen habe die SPD-Fraktion sich für den Konsensvorschlag der Verwaltung entschieden, allerdings mit der Änderung, dass im Stadtteil Barenburg eine Realschule im Ganztagsbetrieb angeboten werde – Vorlage 14/838-06. Er bemerkt, dass auch seine Fraktion in den Haushaltsberatungen für den JAG-Anbau plädieren werde. Dies heiße aber, dass auch die anderen notwendigen Investitionen des SPD-Modells getätigt werden müssten (z. B. das Ganztagsangebot in Barenburg). Er sei der Ansicht, dass dies auf breiten Konsens in der Stadt Emden stoßen werde. Natürlich plädiere die SPD-Fraktion auch für die Wahlfreiheit der Schülerinnen und Schüler aus Hinte. Wenn man die Ganztagschule in Barenburg auch für Hinteraner Schülerinnen und Schüler öffne, könne dies eine interessante „Geschichte“ werden.

**Herr Haase** berichtet, es sei einmal erwähnt worden, dass das Ganze kostenneutral darzustellen sei. Dies sei falsch. Letzten Endes werde die Stadt Emden allein gelassen mit den Kosten, die man aber bereit sei, zu tragen. Seine Fraktion hätte gerne die richtigen Schlüsse aus den Pisa-Studien gezogen und auch gerne mehr Zeit gehabt, um nach besseren Lösungen suchen zu können. Niemand könne Auskunft über die Entwicklung der zukünftigen Schülerzahlen geben. Er sage ganz deutlich, dass man mit Schulstandortpolitik auch Stadtteilpolitik machen könne und er sehe große Gefahren für die weitere Entwicklung im Stadtteil Port Arthur/Transvaal, wenn dort der bewährte, gut eingeführte Standort der Dollartschule „plattgemacht“ werde.

Seiner Ansicht nach könne mit dem Verwaltungsvorschlag und der in der Vorlage T 14/838-06 genannten Änderung noch das Bestmögliche erreicht werden. Er sei der festen Überzeugung, dass der Vorschlag der SPD-Fraktion genehmigungsfähig sei. Das sozialdemokratische Augenmerk werde – unabhängig von dem Abstimmungsergebnis in der heutigen Sitzung – darauf gerichtet sein, vernünftige Übergangslösungen zu finden, um unnötige, abrupte Schulwechsel zu vermeiden. Die SPD-Fraktion sei von ihrem Modell überzeugt.

**Herr Renken** erklärt, das Ziel der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sei, den Anforderungen, die an die Schule der Zukunft gestellt würden, als Schulträger soweit wie möglich gerecht zu werden. Seine Fraktion stärke deshalb das Angebot an gemeinsamen Haupt- und Realschulen. Es seien zahlreiche Stellungnahmen und Rückmeldungen aus den Schulen, von den Eltern- und Schülervertretungen usw. gekommen. Dafür bedanke er sich im Namen seiner Fraktion. Ganz besonders hervorheben möchte er das Positionspapier des Stadtelternrates, dessen Kriterienkatalog für die Beratung eine große Hilfe gewesen sei.

In den letzten Monaten habe er einen in jeder Hinsicht aufschlussreichen und lehrreichen, spannenden, aber auch ernüchternden Prozess darüber erlebt, wie die Vertretung der Interessen von Schulen funktioniere. Auch hier gelte offenbar das Sprichwort: „Jeder ist sich selbst der nächste“. Vielfach sei dabei vergessen worden, dass nicht die Stadt, sondern das Land der Auslöser der Konflikte sei.

Fakt sei, dass man vor einem bis zu 20 %igen Rückgang der Schülerzahlen stehe. Dies sei relativ gut kalkulierbar. Die Verwaltung haben ihnen zudem Übergangszahlen zu den weiterführenden Schulen vorgelegt, die auf den Erfahrungen der letzten Jahre und den Erwartungen basierten, die sich aus dem Wegfall der Orientierungsstufe ergeben würden. Darauf

## Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Rates am 22.01.2004

müsse man sich in zweierlei Hinsicht verlassen können, denn diese Prognosen seien zu keinem Zeitpunkt von den zuständigen Stellen des Landes in Frage gestellt worden.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hätte nicht zu denen gehört, die hektisch von Woche zu Woche neue Modelle auf den Tisch gelegt hätten und in der Öffentlichkeit zu einer nicht mehr durchschaubaren Modellflut beigetragen hätten. Es habe sich auch in den letzten Wochen gezeigt, dass vieles als genehmigungsfähig von den Vertretern des Kultusministeriums angesehen werde. Dies sei lange Zeit nicht klar gewesen und daran habe auch der Verwaltungsvorstand seinen Anteil gehabt. Der von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angeregte und gemeinsam von allen Fraktionen durchgeführte Workshop habe jedoch wesentlich zur Aufklärung über die Möglichkeiten beigetragen.

Weil die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Schwenk der Verwaltung zu einem streng nach Schulzweigen getrennten Modell nicht mittragen konnte, habe man im Schulausschuss die Änderungsanträge zum Vorschlag der Verwaltung eingebracht. Damit sei es gelungen, einen Vorschlag auf den Weg zu bringen, der eine Reihe von Vorteilen gegenüber den anderen Änderungsanträgen habe und der auch bei der SPD-Fraktion schließlich auf Zustimmung gestoßen sei:

1. Der Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sei in seiner Ausrichtung pragmatisch, erfülle die Vorgaben des Schulgesetzes und werde zudem vom Vertreter der Landesregierung als bestes Modell unter den vorliegenden Änderungsvorschlägen bewertet.
2. Er sei in seiner Struktur übersichtlich, denn er konzentriere die Außenstellen vorübergehend auf ein bis zwei Standorte – bis zu dem notwendigen Anbau an das JAG. Dies bedeute auch in der Übergangsphase kurze Wege und einen Beitrag zu Qualitätssicherung des Unterrichts.
3. Er berücksichtige die gewachsenen Strukturen. Die Dollartschule und die Schule Wybelsum hätten langjährige Erfahrungen als Sekundarschulen. Sie brächten damit die besten Voraussetzungen für die notwendige Erweiterung des Realschulangebotes mit.

Damit werde das Ziel der Verbesserung der Chancengleichheit erreicht, nämlich die Schwächeren zu fördern und die Stärkeren zu fordern. Die Selektionsmechanismen des streng dreigliedrigen Schulsystems seien als die zentrale Ursache des schlechten Abschneidens nach PISA zu sehen. Seine Fraktion wolle diese Selektion nicht weiter fördern und sich am Ziel orientieren, die Zahl der Schulabbrecher zu reduzieren. Die Zahl der qualifizierten Abschlüsse an den Schulen müsse deutlich gesteigert werden, um nicht nur im Wettbewerb der Wissensgesellschaften, sondern auch der Wissensregionen wieder vorne mitspielen zu können.

Die Verwaltung habe erfreulicherweise umgehend auf den Änderungsantrag reagiert und mit dem sogenannten Konsensmodell einen Umsetzungsvorschlag auf den Tisch gelegt, mit dem seine Fraktion gut leben könne, weil er in der Zielsetzung deckungsgleich sei, wenn den Schülern aus Hinte die freie Schulwahl zugestanden werde und der Anbau an das JAG komme. Dieser Anbau bleibe aus Sicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf lange Sicht notwendig, auch unter der Voraussetzung, dass in Pewsum ein eigenständiger Gymnasialzweig bis zur 10. Klasse eingerichtet werde. Ein Fehl von etwa 15 Räumen bleibe nach den Prognosen der Verwaltung bis 2017/2018 absehbar und da sei noch nicht der Wunsch des JAG nach einer Ganztagschule mit zusätzlichen Räumen berücksichtigt.

Zu dem Änderungsantrag der CDU-/FDP-Fraktion erklärt **Herr Renken**, am 13.01.04 sei von den beiden Fraktionen ein Änderungsantrag gestellt worden, der eine klare Trennung von Haupt- und Realschule in der Stadt vorsehe. Die Dollartschule wäre damit „plattgemacht“ und als Außenstelle der Gymnasien weitergeführt worden. Als Begründung sei angegeben



## **Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Rates am 22.01.2004**

---

worden, dass die erstklassige Ausstattung der naturwissenschaftlichen Fachräume zu gut für die Hauptschüler sei.

Am 16.01.04 sei von diesen beiden Fraktionen vorgeschlagen worden, die Dollartschule als zweizügige Grundschule sowie als Außenstelle der Realschule Herrentor einzurichten. Die Schule Wybelsum sollte danach Haupt- und Realschule werden. Dazu müsste jedoch der Schuleinzugsbereich für den Realschulzweig Wybelsum bis zur Schwabenstraße erweitert werden. Nach Ansicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sei es absurd, die Schüler aus Port Arthur nach Wybelsum zu fahren, obwohl in der Nachbarschaft die Dollartschule mit einer Realschule liege.

Am 19.01.04 sei dann zu den Raumproblemen der Gymnasien vorgeschlagen worden, dass die erforderlichen Schulräume z. B. in der Wallschule vorgehalten würden. Es sei ersichtlich, dass seitens der CDU-/FDP-Fraktion für die Gymnasien bisher kein Lösungsangebot entwickelt worden sei. Erkennbar sei, dass die einzige Konstante im CDU-/FDP-Vorschlag die Wallschule sei.

**Herr Mecklenburg** erklärt, dass er viele der von Herrn Haase genannten Positionen ebenfalls vertrete. Er habe am Anfang dieser Diskussion im Schulausschuss um Sachlichkeit gebeten. Vorrangig seien die Interessen der Emdener Schülerinnen und Schüler und nicht die Parteiinteressen zu vertreten. Leider sei seiner Ansicht nach nicht genügend mit Nachdruck versucht worden, auf die besondere Emdener Situation hinzuweisen, die darin begründet sei, dass in Emden an allen Schulstandorten im Haupt- bzw. Realschulbereich Orientierungsstufen vorhanden seien. Dies gebe es in keiner anderen Stadt in Niedersachsen. Diese besondere Situation hätte es seiner Ansicht nach gerechtfertigt, beim Kultusministerium eine Ausnahmegenehmigung für Emden zu erreichen. Dann stünde man jetzt nicht vor dieser Situation.

**Herr Bongartz** bemängelt die niveaulosen Zwischenrufe aus dem Publikum.

**Herr Mecklenburg** fährt fort:

Er halte bei seiner Entscheidung

1. die Interessen der Emdener Schülerinnen und Schüler
2. eine breite Mehrheit im Rat und
3. die Parteiinteressen

für wichtig. Die Reihenfolge sei hierbei zu beachten.

Seiner Ansicht nach gehe es ganz besonders um die Bildungsangebote und die Schulwege. Von der CDU- und FDP-Fraktion sei vorgeschlagen worden, die Dollartschule als Hauptschulstandort aufzuheben. Dies sei bitter, denn eine Schule sei ein Stadtteilmittelpunkt, an dem man sich treffe. Er habe daher Verständnis für die bisherigen Mitteilungen zu diesem Thema. Auf der anderen Seite sei aber auch folgendes zu beachten:

Wenn die Dollartschule tatsächlich der Standort der Grundschule Nesserland werde, dann sei dies für die Eltern dieser Grundschulkinder die Erfüllung eines langgehegten Wunsches. Er halte die Ausstattung und die räumliche Situation der Grundschule Nesserland für eine reine „Katastrophe“. Es sei Grundschulern nicht zuzumuten, in solchen „Schläuchen“ unterrichtet zu werden. Die Kinder säßen in sieben Reihen hintereinander. Nicht nur aus hygienischen Gründen sei ein schnellstmöglicher Auszug wichtig.

Außerdem entstände nach dem CDU-/FDP-Vorschlag im Stadtteil Port Arthur/Transvaal eine Realschule. Dies sei sicherlich für einen Großteil der Schüler ein direktes Angebot im Stadtteil. Die Hauptschüler wären dann für die Wallschule eingeteilt. Es handele sich bei der Wall-

## **Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Rates am 22.01.2004**

---

schule um eine sehr gute Hauptschule und damit um eine zumutbare Situation. Wenn die Wallschule geschlossen würde, müssten z. B. die Schüler aus Uphusen zur Dollartschule fahren. Dies würde nicht in 10 Minuten zu schaffen sein. Wenn die Schule Wybelsum geschlossen würde, müssten z. B. die Schüler von der Knock zur Dollartschule fahren. Dies sei für die Schülerinnen und Schüler ein längerer Schulweg.

Seit Einführung der Orientierungsstufe hätten alle Regierungen in Niedersachsen ihr wesentliches Bestreben darin gesehen, diese Schulform „kaputt zu sparen“. Es seien immer mehr Lehrerstunden eingespart worden, bis die OS zum Schluss als nicht mehr leistungsfähig dargestellt worden sei. Alle Parteien hätten sich daran beteiligt, so dass die neue Regierung ein leichtes Spiel gehabt habe, diese Schulform abzuschaffen. Er halte dies besonders angesichts der Ergebnisse der PISA-Studie für einen großen Fehler. Eigentlich hätte man mehr in Richtung der skandinavischen Länder gehen müssen, aber da man in einer Demokratie lebe, müsse man dies auch akzeptieren. Er halte eine Einteilung der Kinder in die verschiedenen Schulzweige nach der 4. Klasse für viel zu früh. Wenn Anfang der 90er-Jahre eine Gesamtschule gebildet worden wäre, würde es diese Diskussionen heute nicht geben. Auch hieran sei seine Partei nicht ganz unschuldig.

Er spreche sich für einen JAG-Anbau mit einem Baubeginn möglichst nach den Osterferien 2004 aus. In kürzester Zeit könnten die Kosten geschätzt werden. Er werde seiner Fraktion jedenfalls bei der Klausurtagung am 30.01.2004 einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten.

Er halte auch einen Realschulzweig an der Barenburgschule für dringend notwendig. Falls die Durchsetzung eines Realschulzweiges mit dieser Abstimmung nicht möglich sei, hoffe er auf eine Einigung im nächsten Jahr. Er habe auch berufliche Interessen als Schulleiter der Schule Wybelsum. Die persönlichen Interessen ständen jedoch im Hintergrund seiner Entscheidung. Er werde sich aus den genannten Gründen dem Vorschlag der CDU- und FDP-Fraktion anschließen.

**Herr Bornemann** erklärt, es werde zwar eine Entscheidung über die Schulstruktur getroffen, aber es sei im Verborgenen geblieben, dass diese Entscheidung enorme Auswirkungen auf die gesamte Stadtentwicklung habe. Das Programm „Soziale Stadt Barenburg“ sei im Rat von allen Parteien unterstützt worden. Insofern handele es sich u. a. auch um eine Entscheidung, die das Sozialministerium betreffe. Das Land, die Bezirksregierung und der Rat seien damit doppelt verantwortlich. Dies führe nach Meinung der SPD-Fraktion dazu, dass der Rat die Spielräume bei der Genehmigungsmöglichkeit im Hinblick auf diese Entscheidung voll ausschöpfen müsse. Dies habe die SPD-Fraktion mit dem Ergänzungsantrag, Vorlage 14/838-06, zum Ausdruck gebracht. Letztendlich seien alle Modelle mit den Unwegbarkeiten der Zahlen verbunden. Dies nur in diesem Punkt zu berücksichtigen, halte er nicht für richtig. Er erinnere an zwei Zitate aus der Sozialstudie der Fachhochschule zur Sozialen Stadt Barenburg:

1. In vielen Familien des Stadtteiles Barenburg bestehe eine gleichgültige bis ablehnende Einstellung zum Schulbesuch.
2. Die Übergänge aus dem Stadtteil Barenburg an Gymnasien und Realschulen seien spärlich.

Seiner Überzeugung nach wären diese Familien mit großer Sicherheit die Verlierer, wenn die Verwaltung nicht ein ortsnahe Angebot unterbreite. Auch der Stadtteilbeirat habe noch mal eindringlich appelliert, eine solche Entscheidung zu treffen. Bei der Abwanderung und der fehlenden Zuzüge könne sogar das zweizügige Hauptschulangebot gefährdet werden und mit einer Einzügigkeit sei die Barenburgschule nicht mehr existent. Diese Auswirkungen sollten noch mal bedacht werden. Er bitte um Zustimmung für den Antrag der SPD-Fraktion.

## **Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Rates am 22.01.2004**

---

**Herr Schulze** ist verwundert über die Äußerungen von Herrn Mecklenburg. Einerseits über er Kritik an der CDU-/FDP-Landesregierung, die für das Schulstrukturgesetz verantwortlich sei. Andererseits wolle Herr Mecklenburg für den CDU-/FDP-Antrag stimmen.

**Frau E. Meyer** appelliert an den Schulstandort der Dollartschule, nicht aufzugeben. Bildungsabbau bedeute gerade in dem Stadtteil Port Arthur/Transvaal soziale Schwächung.

**Herr Stolz** erklärt, auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sei selbstverständlich immer bereit, knappe Entscheidungen zu akzeptieren, wenn sie juristisch einwandfrei seien. Es sei problematisch, dass ausgerechnet die Stimme eines Rektors einer betroffenen Schule ausschlaggebend sein könnte. Er teile mit, dass seine Fraktion auf juristischem Wege überprüfen lassen werde, ob wirklich alle Aspekte des Mitwirkungsverbot gem. § 26 NGO berücksichtigt worden seien.

**Herr Renken** erkundigt sich bezüglich einer unabdingbaren Kernhauptschule in der Innenstadt bei Herrn Hegewald, ob es auch ein Bekenntnis gäbe zu einer Kerngrundschule in der Innenstadt, nämlich der Emsschule.

**Herr Hegewald** antwortet, die CDU-Fraktion habe niemals die Grundschule Emsschule in Zweifel gezogen.

**Herr E. Bolinius** bemängelt, dass Herr Renken in der Innenstadt das Gerücht verbreite, dass die CDU-Fraktion die Emsschule schließen wolle.

**Herr Mecklenburg** erklärt, das Innenministerium und auch die Bezirksregierung Weser-Ems in Oldenburg hätten eindeutig erklärt, dass eine juristische Befangenheit nicht bestehe.

**Frau L. Meyer** appelliert an Frau Hoffmann, den Vorlagen der CDU-Fraktion nicht zuzustimmen Frau Hoffmann wohne im Stadtteil Port Arthur/Transvaal. Frau L. Meyer hofft, dass das Ratsmitglied sich für die Erhaltung der Dollartschule als Haupt- und Realschule ausspreche.

**Herr Brinkmann** betont, er werde für das Verwaltungsmodell stimmen. Wenn ein Stadtteil wie Port Arthur/Transvaal der Hauptschule beraubt werde, würden die Menschen dort ein Stück an Glauben verlieren. Er habe in über 20 Jahren Kommunalpolitik immer wieder versucht, sich für diesen Stadtteil zu engagieren. Er bestätigt, dass an der Wallschule hervorragende Arbeit geleistet werde. Er bilde sich allerdings ein, dass die Arbeit an der Dollartschule mindestens genauso gut bewertet werden könne. Er erklärt, dass im Jahr 2004 auf gar keinen Fall mit dem JAG-Anbau begonnen werden könne, auch wenn der Rat dieses beschließe.

**Herr Haase** beantragt im Namen der SPD-Fraktion die namentliche Abstimmung.

**Herr Dr. Kleinschmidt** erklärt, nach der Geschäftsordnung sei dies möglich. Es müssten mindestens  $\frac{1}{4}$  der anwesenden Mitglieder für diesen Antrag stimmen.

**Herr Brinkmann** ergänzt, dass bei der folgenden Abstimmung nur die Ja- und Nein-Stimmen zählen werden. Eine Stimmenthaltung falle nicht ins Gewicht.

Es wird namentlich über die Vorlage 14/838-05 abgestimmt. Anschließend gibt **Herr Dr. Kleinschmidt** das Ergebnis bekannt:

## **Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Rates am 22.01.2004**

---

mit Stimmenmehrheit

Dafür: 022  
Dagegen: 021  
Enthalt.: 000

**Herr Dr. Kleinschmidt** erklärt, da es sich um einen endgültigen Beschluss handele, werde über die Vorlagen 14/838-06 und 14/838-07 nicht mehr abgestimmt.

### **Punkt : 6**

Vorlage 14/838-07  
Umsetzung der Schulstrukturreform in Emden zum 01.08.2004

### **Beschluss:**

Der Rat beschließt auf der Grundlage der bisher geführten Diskussionen und der vorgestellten unterschiedlichen Modelle, die Schulstrukturreform in Emden zum 01.08.2004 wie folgt umzusetzen (die in Klammern angegebene Zügigkeit der Schulformen bezieht sich auf das Schuljahr 2010/2011):

1. Die Osterburgschule bleibt eine Haupt- und Realschule (1 HS/2 RS)
2. Die Schule Wybelsum bleibt eine Grund- und Hauptschule (1 GS/1 HS)
3. Die Barenburgschule bleibt eine Hauptschule (2 HS)
4. Die Realschule Emden bleibt eine Realschule (3 RS)
5. Die Dollartschule wird eine Haupt- und Realschule (1 HS/3 RS). Ihr werden Unterrichtsräume in der Schule Wybelsum zur Bildung eines RS-Nebenstandortes zur Verfügung gestellt.
6. Die bisherige HS Wallschule wird aufgelöst. Das Gebäude dient der Deckung des zusätzlichen Raumbedarfs beider Gymnasien.
7. Für das Johannes Althusius-Gymnasium wird am Standort Pewsum (Gemeinde Krummhörn) eine 2-zügige Nebenstelle mit eigenem Schulbezirk für die 5. bis 8. Jahrgangsstufe eingerichtet. Die entsprechenden Unterrichtsräume werden durch die Gemeinde Krummhörn zur Verfügung gestellt.
8. Beiden Gymnasien – vorrangig dem Johannes-Althusius-Gymnasium – wird das Schulgebäude der bisherigen HS Wallschule (16 Klassenräume, 10 Fachunterrichtsräume, 1 Turnhalle) zur Deckung des zusätzlichen Raumbedarfs zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus besteht für das Gymnasium am Treckfahrtstief die Möglichkeit, freie Klassenräume in der HS Barenburgschule zu nutzen.

Die unter den Ziff. 5 bis 8 beschlossenen schulorganisatorischen Veränderungen einschließlich der Bildung von Nebenstandorten (Außenstellen) sind gemäß § 106 Abs. 6 NSchG in Verbindung mit dem Erlass des MK vom 30.06.2003 der Bezirksregierung Weser-Ems, Außenstelle Osnabrück, zur Genehmigung vorzulegen.

**Ergebnis:** mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Dafür: 021  
Dagegen: 022  
Enthalt.: 000

## **Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Rates am 22.01.2004**

---

**Punkt : 7** Vorlage 14/946-01  
Satzung zur Änderung der Satzung über die Festlegung von Schulbezirken für die allgemein bildenden Schulen der Stadt Emden

**Ergebnis:** Diese Vorlage wurde ersetzt durch die Vorlage 14/946-02.

**Punkt : 8** Vorlage 14/946-02  
Satzung zur Änderung der Satzung über die Festlegung von Schulbezirken für die allgemein bildenden Schulen der Stadt Emden

**Herr Brinkmann** erklärt, aus Sicht der Verwaltung sei die Wahlfreiheit kein großes Problem.

**Herr Dr. Kleinschmidt** erläutert, Herr E. Bolinius habe mit Datum vom heutigen Tage die Aufhebung der Wahlfreiheit für die Schülerinnen und Schüler aus Hinte beantragt. Diese sollten nach Meinung der FDP-Fraktion zukünftig das GAT besuchen.

**Herr E. Bolinius** stellt fest, dass die Emdener Schülerinnen und Schüler nicht benachteiligt werden dürften. Die Kinder aus dem westlichen Teil Emdens müssten das GAT besuchen und hätten damit längere und verkehrstechnisch kritischere Wege in Kauf zu nehmen. Der Rat sei in erster Linie für die Emdener Kinder verantwortlich. Er bitte um Zustimmung zu dem Änderungsantrag seiner Fraktion zur Vorlage 14/946-02.

**Herr Haase** sagt, die SPD-Fraktion werde sich sehr deutlich für den Erhalt der Wahlfreiheit aussprechen. Die Schülerinnen und Schüler aus Hinte gingen seit 20 Jahren traditionell zum JAG bzw. in Einzelfällen zum GAT. Es handele sich hier um gewachsene Strukturen. Er warne aus lokalem Interesse davor, regionale Strukturen, die sich bewährt hätten, einfach per Ratsbeschluss zu ändern. Die SPD-Fraktion lehne den Antrag der FDP-Fraktion ab.

**Herr Klaassen** entgegnet, dann sollte man die Schülerinnen und Schüler aus Hinte konsequent dem JAG zuordnen. So hätten die Schülerinnen und Schüler aus Hinte den Emdener Kindern gegenüber den Vorteil, frei wählen zu dürfen. Der Vorteil beziehe sich nicht nur auf den Schulweg.

**Herr Renken** erklärt, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stimme der Verwaltungsvorlage 14-946-02 zu. Die von Herrn Haase vorgetragene Argumente seien durchgreifend und nachvollziehbar.

**Herr Hegewald** teilt mit, er habe seinerzeit beide Gymnasien problemlos besucht. Er könne nicht nachvollziehen, dass für die Hinteraner Kinder die Verkehrssituation schlechter werden solle. Er habe auch gehört, dass eine Verlegung der Buslinie zum GAT möglich sein werde. Man müsse sich darauf einstellen, dass das, was seit 20 Jahren funktioniert habe, nicht unbedingt so weiter geführt werden könne. Die CDU-Fraktion stimme dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion zur Vorlage 14/946-02 zu.

**Herr Bornemann** erklärt, dass er der Einrichtung von Schulbezirken auch bei den Gymnasien zustimmen werde, weil beide Schulleiter mitgeteilt hätten, dass z. Zt. keine andere Möglichkeit zur Verfügung stehe und diese Meinung auch vom FD Schule und Sport bestätigt werde. Überzeugt sei er von dieser Sache allerdings nicht. Er habe die bisherige Wahlfreiheit zwischen beiden Gymnasien begrüßt. Durch die Konkurrenzsituation hätten sich beide Schulen bisher profilieren müssen.

Auf Anfrage von **Herrn Melles** erklärt **Herr Haase**, ihm sei nicht klar, warum ohne Not an der Wahlfreiheit etwas geändert werden solle, zumal auch die Verwaltung deutlich gemacht habe, dass sie ihren Vorschlag aufrecht erhalte.

## Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Rates am 22.01.2004

**Herr Brinkmann** bemerkt, in Emden müssten gewisse Strukturen eingeführt werden, um die Schulen dementsprechend auslasten zu können. Natürlich wäre der Verwaltung auch lieber, wenn jeder entscheiden könne, welche Schule er besuchen möchte.

**Herr Dr. Kleinschmidt** lässt über den Antrag der FDP-Fraktion vom 22.01.2004 abstimmen:

Beschluss: Die Schülerinnen und Schüler aus Hinte sind schulbezirksmäßig dem GAT zuzuordnen.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Dafür: 021  
Dagegen: 022  
Enthalt.: 000

**Herr Dr. Kleinschmidt** lässt über die Vorlage 14/946-02 abstimmen.

Beschluss: Der Rat beschließt die der Vorlage als **Anlage** beigefügte Satzung über die Festlegung von Schulbezirken für die allgemein bildenden Schulen der Stadt Emden vom 04.12.1997, in der Fassung vom 18.10.2001. Die Anlagen zu dieser Satzung (schematische Darstellung der Schulbezirke) entsprechen der getroffenen Entscheidung zur Umsetzung der Schulstrukturreform.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

Dafür: 022  
Dagegen: 003  
Enthalt.: 018

**Punkt : 9** Vorlage 14/839-01  
Einrichtung einer Sprachheilklasse an der Grundschule Grüner Weg zum 01.08.2004

Beschluss: Das sonderpädagogische Förderangebot der Sonderschule für Lernhilfe Pestalozzischule wird zum 01.08.2004 um die Einrichtung einer Sprachheilklasse an einer Grundschule in Emden erweitert. Die Sprachheilklasse wird am Standort der Grundschule Grüner Weg eingerichtet.

Ergebnis: einstimmig

**Punkt : 10** Vorlage 14/947-00  
Umwandlung der Barenburgschule in eine Ganztagschule zum 01.08.2004

**Herr Bornemann** spricht sich für die Einrichtung einer Ganztagschule im Stadtteil Barenburg aus. In Zusammenarbeit mit der Schule Grüner Weg und der Realschule Herrentor werde man sich natürlich für die Wahrnehmung eines Realschulangebotes (Vorlage 14-838-06) einsetzen. Er rufe den Rat zur Zusammenarbeit in dieser Sache auf.

**Herr Mecklenburg** weist darauf hin, dass die Diskussion um einen Realschulzweig an der Barenburgschule nicht beendet werden solle. Wenn dieser genehmigungsfähig und räumlich

## Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Rates am 22.01.2004

möglich sei, sollte spätestens Ende des Jahres 2004 noch mal intensiv im Schulausschuss bzw. mit der Bezirksregierung diskutiert werden, ob die Möglichkeit eines Realschulangebotes für das folgende Schuljahr bestehe.

Beschluss: Der Rat beschließt, die Barenburgschule in Emden zum 01.08.2004 in eine Ganztagschule umzuwandeln. Dieser Beschluss ergeht unter der Maßgabe, dass die Barenburgschule bis zum 20. Januar 2004 einen Beschluss der Gesamtkonferenz und eine überarbeitete Konzeption auf der Grundlage des geltenden Runderlasses des Nds. Kultusministers „Arbeit in der öffentlichen Ganztagschule“ vorlegt.

Ergebnis: einstimmig

**Punkt : 11** Vorlage 14/969-00  
Umwandlung der Pestalozzischule in eine Ganztagschule zum 01.08.2004

Beschluss: Der Rat beschließt, die Sonderschule für Lernhilfe und geistig Behinderte Pestalozzischule zum 01.08.2004 in eine Ganztagschule umzuwandeln.

Ergebnis: einstimmig

### ANTRÄGE VON FRAKTIONEN/GRUPPEN

**Punkt : 12** Vorlage 14/838-03  
Umsetzung der Schulstrukturreform in Emden zum 01.08.2004;  
Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion vom 13.01.2004

Ergebnis: Diese Vorlage wurde ersetzt durch die Vorlage 14-838-05.

**Punkt : 13** Vorlage 14/838-04  
Umsetzung der Schulstrukturreform in Emden zum 01.08.2004;  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.01.2004

Ergebnis: Von der Antragstellerin zurückgezogen!

**Punkt : 14** Vorlage 14/838-05  
Umsetzung der Schulstrukturreform in Emden zum 01.08.2004

Beschluss: **Modell D.2 wird wie folgt verändert:**

Die Schule Wybelsum wird als Haupt und Realschule geführt. Die Dollartschule wird nicht als Hauptschulstandort weitergeführt und steht als innenstadtnahe Deckungsmöglichkeit für den Raumbedarf der Realschule Emden sowie als Grundschulstandort in Port Arthur/Transvaal zur Verfügung. Die Wallschule wird zentrale Hauptschule. Die erforderlichen Schulräume für die Gymnasien werden z. B. in der Wallschule vorgehalten.

**Punkt A. Grundschulen**

Die Grundschule Nesserland wird in der Dollartschule als neuer Grundschulstandort für Port Arthur/Transvaal fortgeführt.

**Punkt B. Hauptschulen/Realschulen**

Neben der Haupt- und Realschule Osterburgschule, wird zukünftig die Schule Wybelsum Haupt und Realschule. Für das restliche Stadtgebiet – ausgenommen Stadtteil Harsweg (Schüler/innen besuchen die Haupt- und Realschule in Hinte) – erfolgt eine klare Trennung von Hauptschule und Realschule gemäß nachfolgender Übersicht:

**HS Barenburgschule**

**2 zügig HS**

Bezirk: Stadtteil Barenburg und Stadtteil Fruchteburg / Conrebbersweg (die Schüler des Stadtteils Harsweg besuchen die Hauptschule in Hinte)

**HS Wallschule**

**2 zügig HS**

Bezirk: gesamte Innenstadt, Herrentorviertel, Stadtteile Port Arthur / Transvaal, Constantia, Wolthusen, Uphusen, Marienwehr

**HRS Osterburgschule**

**1 zügig HS**

**2 zügig RS**

Bezirk: Stadtteile Borssum, Hilmarsum, Jarßum/Widdelswehr, Petkum, Friesland

**HRS Wybelsum**

**1 zügig HS**

**2 zügig RS**

Bezirk: Constantia, Larrelt, Twixlum, Logumer Vorwerk, Wybelsum

**RS Herrentor**

**4 zügig RS**

**davon 1-2 zügig**

**an der Dollartschule**

Bezirk: gesamte Innenstadt, Herrentorviertel, Barenburg, Fruchteburg/Conrebbersweg (die Schüler des Stadtteils Harsweg besuchen die Realschule in Hinte), Wolthusen, Uphusen, Marienwehr

**GS Dollartschule**

**1-2 zügig + Realschulklassen aus der Herrentorschule**

Die Schuleinzugsgebiete müssen evtl. angepasst werden.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

Dafür: 022

Dagegen: 021

Enthalt.: 000

**Punkt : 15**

Vorlage 14/838-06

Umsetzung der Schulstrukturreform in Emden zum 01.08.2004

**Beschluss:**

Basierend auf dem Konsensmodell – FD 640 beantragt die SPD-Ratsfraktion folgende Änderung:

Im Stadtteil Barenburg wird eine Haupt- und Realschule im Ganztagsbetrieb eingerichtet.



## **Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Rates am 22.01.2004**

Neben dem Schuleinzugsbereich, der z.Z. für die Hauptschule Barenburg vorgesehen ist, kann die Realschule Barenburg als Ganztagschule (Besonderes Angebot) Schülerinnen und Schüler aus dem gesamten Stadtgebiet aufnehmen.

Im übrigen unterstützt die SPD-Ratsfraktion den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Vorlage 14/838-04 – in den Punkten 1 und 3.

**Ergebnis:** mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Dafür: 021  
Dagegen: 022  
Enthalt.: 000

**Punkt : 16** Vorlage 14/990-00  
Finanzierung der Schulstrukturreform;  
- Antrag der SPD-Fraktion vom 26.11.2003

**Ergebnis:** Von der Antragstellerin zurückgezogen!

**Punkt : 17** mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

K e i n e

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.